

Controllingbericht**Dezernat 1****4. Quartal 2015**

		Abweichung ggü. Haushaltplan 2015 (+ Verbesserung / - Verschlechterung)		
		substanzielle Veränderungen	aus Ermächtigungs- übertragungen	Abweichung Ergebnis 2015 insgesamt
<u>Ergebnishaushalt</u>				
Amt 10	Amt für zentrale Steuerungsunterstützung	202.880 €	428.120 €	631.000 €
Amt 11	Amt für Personal und allgemeine Dienste	237.000 €	20.000 €	257.000 €
Amt 14	Prüfungsamt	70.000 €	0 €	70.000 €
Amt 15	Amt für Kommunalaufsicht, Wahlen, Kreistagsbüro	-7.500 €	0 €	-7.500 €
Amt 30	Rechts- und Ordnungsamt	0 €	0 €	0 €
<u>Gesamtveränderung Ergebnishaushalt</u>		502.380 €	448.120 €	950.500 €

Investitionen

Amt 10	Amt für zentrale Steuerungsunterstützung	93.400 €	792.450 €	885.850 €
Amt 11	Amt für Personal und allgemeine Dienste	0 €	-202.000 €	-202.000 €
<u>Gesamtveränderungen Investitionen</u>		93.400 €	590.450 €	683.850 €

Die Erläuterung der Ursachen und Hintergründe der Veränderungen in der Ergebnisrechnung (Anlage 1), bei den Investitionen (Anlage 2) sowie die ergänzende Darstellung von Chancen und Risiken im Dezernat (Anlage 3) sind Bestandteil dieses Berichtes.

19.02.16



Datum / Unterschrift Dezernent(in)

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen in der Ergebnisrechnung im Dezernat 1

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>Amt 10</u>	
BGM-Leuchtturmprojekt musste wegen vordringlicher Aufgaben verschoben werden (40.000 €). Im Übrigen Wenigeraufwand durch Orga-Untersuchung der GPA, Leistungen schwerpunktmäßig in 2016 (115.000 €)	155.000
Sonstiges	28.000
Einsparungen bei den Kostenstellen, im wesentlichen wegen veränderter Verträge, verzögerter Umsetzungen von Hard- und Softwarelösungen (Gesamtreduzierung Kostenstellen 448.000 €)	448.000
Summe Amt 10	631.000
<u>Amt 11</u>	
Die Personalabteilung erbringt für die civitec und den Wasserverband des Rhein-Sieg-Kreises Dienstleistungen - höhere Erstattungen / Mehraufwand Jobticket	-5.000
Rückstellungsauflösung RWE (Kühn) und Ablieferung 2015 - Aufgrund der für Sprachförderung bis zur zweckentsprechenden Verwendung im Kreishaushalt verbliebenen Mittel sowie der Auflösung der für eine eventuelle Verzinsung gebildeten Rückstellung ergibt sich im Ergebnis 2015 die dargestellte Verbesserung. Die Mittel für Sprachförderung werden das Ergebnis 2016 belasten.	170.000
Mehraufwand öffentliche Bekanntmachungen (teuere externe Stellenausschreibungen) / höhere Umlage Studieninstitut	-68.600
Hausdruckerei - geringere Inanspruchnahme durch Externe	-9.400
Aus- und Fortbildung - in 2014 geplante Fortbildungen mussten verschoben werden, 2015 entstanden noch Kosten für das beendete Nachwuchsförderprogramm	20.000
Einsparungen im Bereich Kraftstoffe wegen Preisentwicklung	35.000
Geringere Verluste aus Abgang Vermögensgegenstände - Verzögerung Brandschutz	115.000
Summe Amt 11	257.000
<u>Amt 14</u>	
Verzicht auf die Prüfung der Gesamtabschlüsse 2012 - 2014 aufgrund Gesetzesänderung, Reduzierung des Honorars der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	70.000
Summe Amt 14	70.000

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>Amt 15</u>	
Höhere Kosten für gesetzlich vorgeschriebene Bekanntmachungen, die Städte und Gemeinden können nicht zur Erstattung herangezogen werden.	7.500
Summe Amt 15	7.500
<u>Amt 30</u>	
Im Bereich Ausländerwesen ergeben sich geringere Erträge aus Gebühren, Bußgeldern sowie Erstattungen von Abschiebekosten (Befristung des Wiedereinreiseverbotes darf aufgrund von Rechtsänderungen nicht mehr von der Begleichung der Abschiebekosten abhängig gemacht werden) in Höhe von 50.000 € sowie Mehraufwendungen für Sachkosten etc. von rund 26.000 €. Dies wird kompensiert durch Verbesserungen im Bereich der allgemeinen Ordnungsangelegenheiten und des Staatsangehörigkeitswesens (insbesondere Verwaltungsgebühren und allgemeiner Sachaufwand).	0
Summe Amt 30	0

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen der
Investitionen im Dezernat 1

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>Amt 10</u>	
• Erwerb spezieller Software - Die ursprünglich beabsichtigten Maßnahmen sind in 2015 nicht bzw. nur in deutlich geringerem Umfang zum Tragen gekommen.	142.450
• Erwerb Hardware - Mittel in 2015 noch nicht benötigt wegen Maßnahmeverschiebung in die Folgejahre (Abschluss Einführung zentrales Ablagesystem und andere kleinere Investitionen)	743.400
Summe Amt 10	885.850
<u>Amt 11</u>	
• Erwerb BGA Kreishaus - Aufgrund der Inanspruchnahme der Ermächtigungsübertragung aus 2014 für die Neumöblierung des Kreishauses nach der Brandschutzsanierung kommt es zu höheren Auszahlungen.	-202.000
Summe Amt 11	-202.000

Darstellung der wesentlichen **Chancen und Risiken** im Dezernat 1

Sachverhalt (Kurzbeschreibung)	Volumen in € (soweit bezifferbar)
<u>Amt 10</u>	
<u>Amt 11</u>	
<u>Amt 14</u>	
<u>Amt 15</u> 15.1 und 15.2 - Kosten amtliche Bekanntmachungen - Entwicklung noch nicht abzusehen; durch Änderung der Bekanntmachungsverordnung ist Änderung der Verfahrensweise vorzunehmen, Kosten werden sich reduzieren - Umfang noch völlig unklar 15.2 - Die NRW Landesregierung hat eine neue Entschädigungsverordnung erlassen. Daraus resultiert eine 10-prozentige Erhöhung der zu zahlenden Aufwandsentschädigungen für Kreistagsmitglieder und Sitzungsgelder für sachkundige Bürger (Risiko 2016 ff.)	55.500 €
<u>Amt 30</u> Durch steigende Flüchtlingszahlen wird sich der Aufwand an verschiedenen Stellen der Ausländerabteilung deutlich erhöhen. Der Umfang der Erhöhung kann derzeit nicht abgeschätzt werden. Einzelheiten der Veränderung der Sachbearbeitung können noch nicht abschließend festgelegt und bewertet werden.	

Controllingbericht

Dezernat 2

4. Quartal 2015

		Abweichung ggü. Haushaltplan 2015 (+ Verbesserung / - Verschlechterung)		Abweichung Ergebnis 2015 insgesamt
		substanzielle Veränderungen	aus Ermächtigungs- übertragungen	
<u>Ergebnishaushalt</u>				
Amt 31	Kreispolizeibehörde - Zentrale Aufgaben	40.110 €	0 €	40.110 €
Amt 36	Straßenverkehrsamt	-578.000 €	-11.700 €	-589.700 €
Amt 38	Amt für Bevölkerungsschutz	-416.827 €	0 €	-416.827 €
Amt 39	Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt	44.319 €	0 €	44.319 €
Gesamtveränderung Ergebnishaushalt		-910.398 €	-11.700 €	-922.098 €
<u>Investitionen</u>				
Amt 36	Straßenverkehrsamt	64.000 €	0 €	64.000 €
Amt 38	Amt für Bevölkerungsschutz	38.020 €	836.637 €	874.657 €
Gesamtveränderungen Investitionen		102.020 €	836.637 €	938.657 €

Die Erläuterung der Ursachen und Hintergründe der Veränderungen in der Ergebnisrechnung (Anlage 1), bei den Investitionen (Anlage 2) sowie die ergänzende Darstellung von Chancen und Risiken im Dezernat (Anlage 3) sind Bestandteil dieses Berichtes.

04.07.2016 *A. Heerle*
Datum / Unterschrift Dezernent(in)

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen in der Ergebnisrechnung im Dezernat 2

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>Amt 31</u>	
• Verwaltungsgebühren (Waffenwesen, Falschalarmmeldungen, Sicherstellung von Fahrzeugen, Transportbegleitung) Bei der Aufstellung des Haushaltsplans wurde davon ausgegangen, dass die Transportbegleitung durch die Polizei ab 2015 entfällt und durch private Sicherheitsdienste wahrgenommen wird. Dies erfolgt jedoch voraus. erst im Verlauf des Jahres 2016. • •	40.110
Summe Amt 31	40.110
<u>Amt 36</u>	
• 0.36.10, Verkehrssicherung: Verbesserung durch Anpassung der Gebührenordnung im Bereich der Baustellenabsicherung und steigende Fallzahlen bei der Auferlegung von Fahrtenbüchern	49.000
• 0.36.20, Erlaubnisse zur Personen-/Güterbeförderung: Verbesserung durch Anstieg der angeforderten Abschriften der Genehmigungsurkunden (bei Betriebssitzverlegungen, Ausweitung Fuhrpark...)	20.000
• 0.36.30, Zulassung und Abmeldung: Mehreinnahmen durch Steigerung der Fallzahlen; Minderausgaben durch kostengünstigere Beschaffung von Dokumenten und Klebesiegeln	672.000
• 0.36.40, Überwachung der Halterpflichten: Nach Übernahme der Kfz-Steuer durch den Zoll bestehen die Anlaufschwierigkeiten fort. Die bisherigen Fallzahlen wurden nicht erreicht, da der erwartete Anstieg nicht eingetreten ist.	-45.000
• 0.36.50, Fahrerlaubnisse und Überwachungen: Mindereinnahmen durch geringfügig rückläufige Fallzahlen, dadurch aber auch Minderausgaben bei der Bestellung von Führerscheinen und Fahrerkarten.	-74.000

Sachverhalt	Veränderung in €
0.36.60, Überwachung des fließenden Verkehrs: - Die Messanlage an der A 59 ist Mitte Juli in Betrieb gegangen. Auf Grund der anfangs fehlenden Absicherung (Metallzaun) konnte sie aus Sicherheitsgründen zu Beginn an Wochenenden nicht in Betrieb genommen werden. Zudem konnten auf Grund der mitbestellten und zugesagten, aber erst später gelieferten 2. Kamera anfangs zahlreiche Bilder nicht verwendet und die entsprechenden Verfahren nicht eingeleitet werden. Wenn die Anlage seit Mitte September nun auch problemfrei betrieben werden kann, hat der vorgenannte Prozess bis dahin Einnahmeausfälle verursacht, die nicht mehr aufgefangen werden konnten. Etwa 448.000,-- € und somit die Hälfte vom ursprünglichen Ansatz (900.000,-- €) konnte realisiert werden. - Die steigende Anzahl der nicht zu vertretenden Ausfälle durch Sabotageakte hat sich leider fortgesetzt. Somit konnten viele Standorte über einen längeren Zeitraum nicht bestückt werden. Dadurch, aber auch durch die jährlichen und nicht vorhersehbaren Schwankungen blieben im stationären wie auch im mobilen Bereich die Erträge mit 2.080.000,-- € (Ansatz: 2.300.000,-- €) sowie mit 795.000,-- € (Ansatz: 900.000,-- €) hinter den Erwartungen zurück. - Bei den Polizeianzeigen hat sich der Mitte des Jahres noch bestehende positive Trend nicht fortgesetzt. Vielmehr bewegen sich die Fallzahlen sogar leicht unterhalb des Vorjahresniveaus, weshalb vom Ansatz (2.400.000,-- €) 1.837.000,--€ vereinnahmt wurden. - Bei den Aufwendungen konnten Personalkosten i.H.v. 140.000,-- € eingespart werden, da die zunächst beabsichtigte Einstellung externer Mitarbeiter zur Bearbeitung der im Zusammenhang mit der Messstelle an der A 59 stehenden Verfahren nicht erfolgt ist. Die Bearbeitung erfolgt mit eigenem Personal (Abwicklung über 11.1)	-1.200.000
Summe Amt 36	-578.000
Amt 38	
0.38.10 Rettungsdienst - Gebührenhaushalt; die dargestellte Verschlechterung ist auf Wenigererträge bei den Leitstellengebühren zurückzuführen. Eine erforderliche und auch vorgesehene Gebührenerhöhung wird sich erst in 2016 umsetzen lassen.	-525.627
0.38.20 Feuer-/ Brandschutz, technische Hilfeleistung; geringfügige • Wenigereinnahmen in verschiedenen Teilbereichen führen in Verbindung mit geringfügigen Mehrausgaben zur dargestellten Verschlechterung	-42.800
• 0.38.30 Gefahrenabwehr, Vereinbarung im Zusammenhang mit der Stellung von Komponenten für einen Behandlungsplatz 50 wurde 2015 noch nicht abgeschlossen	95.600
• Kostenstelle 320001 (Feuer- und Rettungsleitstelle), bedingt durch noch nicht begonnene Brandschutzsanierung	56.000
Summe Amt 38	-416.827
Amt 39	

Sachverhalt	Veränderung in €
0.39.10 Lebensmittelüberwachung: Einmalige Mehreinnahmen durch Abarbeitung Rückstände Bußgeldverfahren, einmalige Erteilung gebührenpflichtiger Ausnahmegenehmigungen und einmalige Mehreinnahmen durch gebührenpflichtigen Kontrollschwerpunkt Tierarzneimittel	37.384
0.39.20 Schlachttier- und Fleischuntersuchung: Der Gebührenhaushalt ist weiterhin defizitär, da die Anpassung der Gebühren erst in 2016 wirksam wird; das Gesamtdefizit konnte durch geringere Personalkosten im kreiseigenen Trichinenlabor sowie Minderausgaben im Sachkostenbereich reduziert werden	-85.790
0.39.30 Tiergesundheit: Mehreinnahmen durch Steigerungen bei den gebührenpflichtigen Abfertigungen von Tiertransporten trotz Rückgang der Bußgeldverfahren im Tierschutz und Tierseuchenbekämpfung; Minderausgaben durch höhere Einsparungen bei der Tierkörperbeseitigung durch die Änderung der gesetzlichen Grundlage, Minderausgaben bei der Tierseuchenbekämpfung durch fehlende Lagermöglichkeiten für Verbrauchsmaterialien für Krisenfälle und Rückgang der Fallzahlen bei kostenpflichtigen anderweitigen Unterbringungen von Tieren im Tierschutz	86.617
390000 Kostenstelle Overhead Amt 39: niedrigere Kosten für die Re-Zertifizierung des QM-Systems durch den TÜV Nord sowie die damit in Verbindung stehenden weiteren Aufwendungen	6.108
Summe Amt 39	44.319

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen der
Investitionen im Dezernat 2

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>Amt 36</u>	
- Die Einsparungen resultieren im Wesentlichen aus der Tatsache, dass die für die Einrichtung der Messstelle an der A 59 veranschlagten Mittel nicht in voller Höhe abgerufen werden mussten.	64.000
Summe Amt 36	64.000
<u>Amt 38</u>	
Von den insgesamt 27 geplanten Investitionsmaßnahmen wurden mehrere zwischenzeitlich abgeschlossen. Andere lassen sich projektbedingt erst im Jahr 2016 abschließen. Im dargestellten Umfang werden Maßnahmen finanztechnisch nicht im Haushaltsjahr 2015 abgeschlossen werden können, weil z.B. die Fertigstellung erst in 2016 möglich ist oder die Rechnungsbegleichung grundsätzlich erst nach mängelfreier Abnahme erfolgt.	874.657
Summe Amt 38	874.657

Darstellung der wesentlichen **Chancen und Risiken** im Dezernat 2

Sachverhalt (Kurzbeschreibung)	Volumen in € (soweit bezifferbar)
<u>Amt 31</u>	
<u>Amt 36</u> Im Bereich der Zulassung (0.36.30) kann es auch kurzfristig zu starken Schwankungen kommen, die sich in beide Richtungen entwickeln. Wirtschaftskrisen oder auch Förderprogramme haben großen Einfluss auf das Kaufverhalten der Kunden, können von hier jedoch nicht beeinflusst werden und sind auch nicht unbedingt vorhersehbar. Bei den Polizeianzeigen steht zu befürchten, dass die gesamte Flüchtlingssituation weiterhin und sogar verstärkt Arbeitskraft bei der Polizei bindet, was letztlich zu Lasten der Überwachungstätigkeit und damit der von hier zu bearbeitenden Fallzahlen geht.	
<u>Amt 38</u>	
<u>Amt 39</u> <u>0.39.20 Schlachttier- und Fleischuntersuchung</u> Die Gebühren für die Schlachttier- und Fleischuntersuchung incl. der Gebühren für die Trichinenuntersuchung werden voraussichtlich nicht kostendeckend zu kalkulieren bzw. anzupassen sein. Aufgrund der gesetzlichen Vorgaben wurde die Trichinenuntersuchung zentralisiert und nach Kriterien des Qualitätsmanagementsystems ausgerichtet. Der dadurch entstehende Mehraufwand würde bei einer kostendeckenden Kalkulation der Gebühren zu einer übermäßigen Belastung der Schlachtbetriebe und der Jägerschaft führen. Eine Neukalkulation der Gebühren soll in 2016 erfolgen. Von einer vollen Kostendeckung kann nicht ausgegangen werden.	

Sachverhalt

Volumen in €

0.39.30.02 Tierseuchenbekämpfung

Die veranschlagten Ausgaben für die Tierseuchenbekämpfung stellen den jährlichen Grundbedarf sowie evtl. Tierseuchenausbrüche mit geringerem Kostenaufwand (z. B. Faulbrut bei Bienen) sicher. Ein Ausbruch von Tierseuchen mit hohem oder sehr hohem, die Haushaltsansätze übersteigendem Finanzbedarf (z. B. Afrikanische Schweinepest, Vogelgrippe, Geflügelpest) ist jederzeit möglich und nicht plan- oder kalkulierbar.

Controllingbericht

Dezernat 3

4. Quartal 2015

	Abweichung ggü. Haushaltplan 2015 (+ Verbesserung / - Verschlechterung)		
	substanzielle Veränderungen	aus Ermächtigungs- übertragungen	Abweichung Ergebnis 2015 insgesamt
<u>Ergebnishaushalt</u>			
Stab 07 Kommunales Integrationszentrum	-32.624 €	-2.000 €	-34.624 €
Amt 50 Sozialamt	2.596.709 €	537.390 €	3.134.099 €
Amt 52 Versorgungsamt	0 €	0 €	0 €
Amt 53 Gesundheitsamt	105.285 €	0 €	105.285 €
<u>Gesamtveränderung Ergebnishaushalt</u>	2.669.370 €	535.390 €	3.204.760 €
<u>Investitionen</u>			
Amt 50 Sozialamt	0 €	0 €	0 €
<u>Gesamtveränderungen Investitionen</u>	0 €	0 €	0 €

Die Erläuterung der Ursachen und Hintergründe der Veränderungen in der Ergebnisrechnung (Anlage 1), bei den Investitionen (Anlage 2) sowie die ergänzende Darstellung von Chancen und Risiken im Dezernat (Anlage 3) sind Bestandteil dieses Berichtes.

11.2.16 
Datum / Unterschrift Dezernent(in)

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen in der Ergebnisrechnung im Dezernat 3

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>Stab 07</u>	
- Die Personalkostenzuschüsse des Landes fallen niedriger aus, weil mehrere Stellen im KI erst verspätet besetzt werden konnten.	-34.624
Summe Stab 07	-34.624
<u>Amt 50</u>	
Abgesehen von buchungstechnisch bedingten Verbesserungen und Erträgen mit Einmaleffekt (Rückerstattung Bundesbeteiligung BuT 2012 iHv 1,7 Mio Euro) ist festzuhalten, dass sich bei allen Leistungen nach SGB XII und Landespflegegesetz die bekannten demographischen Entwicklungen durch Anstieg der Fallzahlen auswirken, bei der Eingliederungshilfe zusätzlich die veränderten rechtlichen Regelungen und politischen Schwerpunktsetzungen. Ausserdem steigen die Kosten der Leistungserbringung im Einzelfall (Pflege, Eingliederungshilfen). Im Produkt 0.50.20 führt die Verringerung kreiseigenen Personals im JC zu einer Reduzierung der BA-Personalkostenerstattung.	-3.134.099
Die Kostenentwicklung beim Fahrdienst für Menschen mit Behinderungen ist seit 2013 erkennbar und intensiv im Fachausschuss und Arbeitskreis erörtert worden. Zur Reduzierung des Kostenanstieg ist inzwischen eine Neufassung der Richtlinien beschlossen worden, deren Wirkung aber erst in 2016 eintreten kann.	

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen der
Investitionen im Dezernat 3

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>Amt 50</u>	
•	
•	
•	
•	
Summe Amt 50	0

Darstellung der wesentlichen Chancen und Risiken im Dezernat 3

Sachverhalt (Kurzbeschreibung)	Volumen in € (soweit bezifferbar)
<u>Stab 07</u>	
<u>Amt 50</u> Die Auswirkungen der demographischen Entwicklungen werden in den oben genannten Produkten zunehmend erkennbar bleiben und in den Folgejahren zu Kostensteigerungen insbes. in den Bereichen Pflege und Eingliederungshilfe, vgl. u.a. Produkt 0.50.10 führen. Die vorgesehenen Gesetzesänderungen im Bereich Pflege, Wohn- und Teilhabe sowie Eingliederungshilfe werden eine weitere Steigerung an Kosten und Verwaltungsaufwand mit sich bringen, deren Umfang derzeit nicht konkreter zu fassen ist. Zur Konsolidierung der Entwicklung sind dringend zeitnahe und ressortübergreifende Steuerungsmaßnahmen mit mittel- und langfristiger Wirkung angezeigt. Inwieweit durch die Aufnahme/Betreuung von Flüchtlingen Mehraufwände/-kosten entstehen, ist derzeit noch nicht prognostizierbar. Das JC kalkuliert derzeit mit etwa 4000 bis 5000 Leistungsempängern zusätzlich; bei schnellerem Registrierungsdurchlauf beim BAMF wird sich diese Zahl noch erhöhen. Das Personal im JC wird um rd. 20 Stellen aufgestockt.	
<u>Amt 52</u>	
<u>Amt 53</u> Durch die Aufnahme von Flüchtlingen steigen die Zahlen der amtsärztlichen Gutachten gem. Asylbewerberleistungsgesetz, der verpflichtend vorgeschriebenen Untersuchungen von sog. Seiteneinsteigern (Flüchtlingskinder) sowie die Zahl der Personen, die wegen Infektionskrankheiten, z.B. TBC untersucht bzw. überwacht werden müssen.	

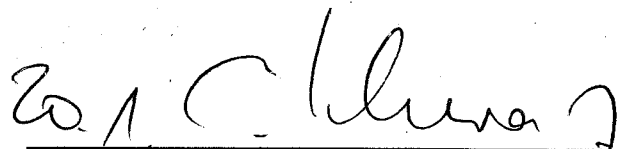
Controllingbericht

Dezernat 4

4. Quartal 2015

Abweichung ggü. Haushaltplan 2015 (+ Verbesserung / - Verschlechterung)			
	substanzielle Veränderungen	aus Ermächtigungs- übertragungen	Abweichung Ergebnis 2015 insgesamt
<u>Ergebnishaushalt</u>			
Amt 66 Amt für Technischen Umweltschutz	21.800 €	124.266 €	146.066 €
Amt 67 Amt für Natur- und Landschaftsschutz	0 €	0 €	0 €
<u>Gesamtveränderung Ergebnishaushalt</u>	21.800 €	124.266 €	146.066 €
<u>Investitionen</u>			
Amt 67 Amt für Natur- und Landschaftsschutz	0 €	0 €	0 €
<u>Gesamtveränderungen Investitionen</u>	0 €	0 €	0 €

Die Erläuterung der Ursachen und Hintergründe der Veränderungen in der Ergebnisrechnung (Anlage 1), bei den Investitionen (Anlage 2) sowie die ergänzende Darstellung von Chancen und Risiken im Dezernat (Anlage 3) sind Bestandteil dieses Berichtes.


Datum / Unterschrift Dezernent(in)

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen in der
Ergebnisrechnung im Dezernat 4

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>Amt 66</u> • Abweichungen resultieren fast ausschließlich durch Vorhaben, die in 2015 noch nicht abgeschlossen wurden, so dass es zu entsprechenden Ermächtigungsübertragungen kommt. Tatsächliche wesentliche Veränderungen in der Ergebnisrechnung treten nicht auf. • • •	
Summe Amt 66	0
<u>Amt 67</u> • • • •	
Summe Amt 67	0

Controllingbericht

Dezernat 5

4. Quartal 2015

Abweichung ggü. Haushaltplan 2015 (+ Verbesserung / - Verschlechterung)			
	substanzielle Veränderungen	aus Ermächtigungs- übertragungen	Abweichung Ergebnis 2015 insgesamt
<u>Ergebnishaushalt</u>			
Amt 61 Amt für Kreisentwicklung und Mobilität	-7.200 €	128.800 €	121.600 €
Amt 62 Amt für Katasterwesen und Geoinformation	-35.000 €	0 €	-35.000 €
Amt 63 Bauaufsichtsamt	69.600 €	0 €	69.600 €
Gesamtveränderung Ergebnishaushalt	27.400 €	128.800 €	156.200 €
<u>Investitionen</u>			
Amt 61 Amt für Kreisentwicklung und Mobilität	-46.800 €	-2.829.300 €	-2.876.100 €
Gesamtveränderungen Investitionen	-46.800 €	-2.829.300 €	-2.876.100 €

Die Erläuterung der Ursachen und Hintergründe der Veränderungen in der Ergebnisrechnung (Anlage 1), bei den Investitionen (Anlage 2) sowie die ergänzende Darstellung von Chancen und Risiken im Dezernat (Anlage 3) sind Bestandteil dieses Berichtes.

29.1.2016 Jaeg

Datum / Unterschrift Dezernent(in)

820/11

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen in der Ergebnisrechnung im Dezernat 5

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>Amt 61</u>	
• Verbesserung beim <u>AST-Verlustausgleich</u> aufgrund verzögerter Weitergabe der im Haushaltsansatz einkalkulierten Erhöhung der Taxentarife von den Verkehrs- an die AST-Unternehmen sowie Reduzierung des AST-Angebotes	101.600
• Aufwendungen für die Weiterführung des <u>Gewerbeflächenkonzepts</u>	-97.000
• Wenigeraufwendungen aufgrund zeitlicher Verzögerungen bzw. Maßnahmenverschiebungen bei der Durchführung von <u>Untersuchungen zur Förderung des Nahverkehrs</u> , den <u>Organisations- und Planungskosten etc. des ÖPNV</u> sowie im Bereich der <u>Verkehrs- und Kreisentwicklungsplanung</u>	73.700
• Verschiedene kleinere <u>saldierte Veränderungen</u> im Bereich der <u>allgemeinen Planungsangelegenheiten</u>	21.700
• Mehraufwand für <u>Sonderabschreibungen</u> im Bereich <u>Kreisstraßenbau</u>	-267.000
• Mehraufwand für kommunale <u>Gebühren für Niederschlagswasser im Bereich des Kreisstraßenbaus</u>	-157.000
• <u>Erträge aus konsumtiven Landeszuweisungen</u> (nach Schlussvermessung)	117.800
• Verschiedene kleinere <u>saldierte Veränderungen</u> im Bereich <u>Kreisstraßenbau</u> , u.a. Erträge aus Benutzungsgebühren und Kostenerstattungen, Mehraufwendungen UI-Pauschale an Land etc.	7.500
• <u>Saldierte Verbesserungen</u> im Rahmen der <u>Abwicklung von Projekten</u> (insbesondere aufgrund der bislang nicht begonnenen Maßnahme "Lückenschluss Siegtalradweg Dreisel")	320.300
Summe Amt 61	121.600
<u>Amt 62</u>	
• <u>Vermessung</u> : Aufgrund des im Vergleich zum Vorjahr gleichbleibenden Auftragsaufkommens konnten die prognostizierten Erträge nicht erreicht werden.	-25.000
• <u>Kataster</u> : Höhere Erstattungen im Bereich der Ersatzvornahmen sowie des Landes für die zentrale Bereitstellung von Geobasisdaten aus dem Liegenschaftskataster des Kreises	20.000
• <u>Bodenordnung</u> : Umlegungsverfahren wird 2016 abgeschlossen, daher keine Gebührenerhebung	-35.000
• <u>Grundstückswertermittlung</u> : Leicht höheres Gebührenaufkommen als bei der Veranschlagung erwartet	5.000
Summe Amt 62	-35.000

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>Amt 63</u>	
• <u>Baugenehmigungen</u> : Das Gebührenaufkommen für Baugenehmigungen fiel höher aus als erwartet.	52.100
• <u>Bauverwaltung</u> : Saldierte Verbesserung aus einerseits höheren Buß- und Zwangsgeldern sowie andererseits entfallenden Aufwendungen und damit korrespondierenden Erstattungen im Rahmen von Ersatzvornahmen.	17.500
•	
Summe Amt 63	69.600

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen der Investitionen im Dezernat 5

Sachverhalt	Veränderung in €
Die ausgewiesene saldierte Gesamtverschlechterung bei den <u>Investitionen des Amtes für Kreisentwicklung und Mobilität</u> hat folgende Ursachen:	
<u>Kreisstraßenbau:</u>	
• <u>Mehrauszahlungen</u> aufgrund von <u>Ermächtigungsübertragungen</u> :	-1.408.000
• Voraussichtliche Mindereinzahlungen bei <u>Landeszuweisungen</u> (K 17, K 29):	-1.421.300
Somit <u>Summe Veränderungen aufgrund von zeitlichen Verzögerungen bei Maßnahmen des Kreisstraßenbaus</u> :	-2.829.300 ¹⁾
• Verbesserungen im Rahmen von <u>Landeszuweisungen</u> (K 3, K 36):	147.100
• Verbesserungen beim <u>Grunderwerb</u> (K 6, K 29):	49.800
Restabwicklung des Projekts "<u>Klosterlandschaft Heisterbach</u>" (letzter Baustein "Info-/Wegesystem"):	
• Auszahlungen aus <u>Ermächtigungsübertragungen</u> :	-282.000
• <u>Restliche Landeszuweisung und Kostenbeteiligung Stadt Königswinter</u> :	38.300
Summe Amt 61	-2.876.100

¹⁾ Bei der Durchführung einer Vielzahl von investiven Maßnahmen des Kreisstraßenbaus kommt es (insbesondere wg. fehlendem Baurecht, aber auch zur Begleichung beauftragter Leistungen etc.) zu zeitlichen Verzögerungen; z. B. K 17 Fahrbahn und Radweg Ruppichterodt, K 29 Umgehung Troisdorf-Kriegsdorf. In solchen Fällen ist die Übertragung der entsprechenden (restlichen) Ausgabeermächtigung bis zur endgültigen Fertigstellung der Maßnahme erforderlich. Bedingt durch die Verzögerungen in der Maßnahmendurchführung kommt es ggf. auch zu zeitlichen Verschiebungen beim Abruf bzw. der Auszahlung von Fördermitteln (s. hierzu auch oben K 17 und K 29; mit der Kassenwirksamkeit dieser Landeszuweisungen wird in 2016 gerechnet).

Beide Sachverhalte führen zwar zu Abweichungen/negativen Veränderungen ggü. der Hpl.-Veranschlagung, stellen allerdings keine "substanziellen" Haushaltsverschlechterungen dar.

Darstellung der wesentlichen Chancen und Risiken im Dezernat 5

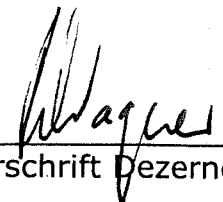
Sachverhalt (Kurzbeschreibung)	Volumen in € (soweit bezifferbar)
<u>Amt 61</u> <u>Chance:</u> Für das Regionale 2010-Projekt "RadRegionRheinland" ist zum einen die Förderung entstandener Mehraufwendungen für die wegweisende Beschilderung beantragt worden, zum anderen werden Landeszuweisungen zur Installation der Dauerzählstellen für den Radverkehr erwartet. Die entsprechenden Erträge werden aber ggf. <u>erst in 2016</u> kassenwirksam und können zzt. noch nicht verlässlich beziffert werden.	
<u>Amt 62</u>	
<u>Amt 63</u>	

Dezernat 6

4. Quartal 2015

Abweichung ggü. Haushaltplan 2015 (+ Verbesserung / - Verschlechterung)			
	substanzielle Veränderungen	aus Ermächtigungs- übertragungen	Abweichung Ergebnis 2015 insgesamt
<u>Ergebnishaushalt</u>			
Amt 17 Archiv	-1.600 €	0 €	-1.600 €
Amt 40 Amt für Schule und Bildungskordinierung	-3.600 €	-88.500 €	-92.100 €
Amt 41 Kultur- und Sportamt	-21.500 €	105.000 €	83.500 €
Amt 51 Jugendamt	1.644.848 €	100.000 €	1.744.848 €
Amt 57 Psychologische Beratungsdienste	3.989 €	0 €	3.989 €
Gesamtveränderung Ergebnishaushalt	1.622.137 €	116.500 €	1.738.637 €
<u>Investitionen</u>			
Amt 40 Amt für Schule und Bildungskordinierung	322.000 €	-111.000 €	211.000 €
Amt 41 Kultur- und Sportamt	1.000.000 €	0 €	1.000.000 €
Amt 51 Jugendamt	2 €	168.931 €	168.933 €
Amt 57 Psychologische Beratungsdienste	1.423 €	0 €	1.423 €
Gesamtveränderungen Investitionen	1.323.425 €	57.931 €	1.381.356 €

Die Erläuterung der Ursachen und Hintergründe der Veränderungen in der Ergebnisrechnung (Anlage 1), bei den Investitionen (Anlage 2) sowie die ergänzende Darstellung von Chancen und Risiken im Dezernat (Anlage 3) sind Bestandteil dieses Berichtes.

10.02.2016 
Datum / Unterschrift Dezernent(in)

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen in der Ergebnisrechnung im Dezernat 6

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>Amt 17</u>	
• Archiv im Verwaltungsaufwand teilweise weniger Aufwendungen und teilweise mehr Kosten durch Anschaffungen. Im Saldo:	1.700
• Gedenkstätte - Projektumsetzung pädagogischer Mitarbeiter, insbesondere für Schulklassen.	-2.500
• Literatur und Medien - Anstieg der Kosten von Abonnements	-800
Summe Amt 17	-1.600
<u>Amt 40</u>	
• Höhere Kopierkostenanteile Berufskollegs	39.000
• Höhere Erträge Verwaltungsgebühren bei den Berufskollegs	4.500
• Gebäudereinigung Berufskollegs - höhere Ausgaben aufgrund höherer Ausschreibungsergebnisse	-99.000
• Ermächtigungsübertragung zum Ausgleich verschiedener Sachkonten zum Jahresende im Bereich Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen der Berufskollegs	-50.000
• Lernmittel für neue Bildungsgänge an den Berufskollegs	-25.500
• Schülerbeförderungskosten Berufskollegs Stand Ende 2015, Endabrechnung liegt noch nicht vor und mit Verschlechterungen in gleicher Höhe der hier ausgewiesenen Verbesserung muss gerechnet werden.	122.400
• Höhere Kopierkosten Berufskollegs - Handreichungen für Schüler	-31.000
• Höhere Erstattungen für Leistende des Bundesfreiwilligendienstes im Bereich der Förderschulen	38.000
• Mehr Landesmittel für den Fördernden Offenen Ganzttag an den Förderschulen für Emotional-soziale Entwicklung an den Standorten in Alfter, Hennef, Siegburg und Troisdorf.	10.200
• Geringere Kostenerstattung (Elternbeiträge) Schülerverpflegung an den Förderschulen	-28.000
• Gebäudereinigung Förderschulen - höhere Ausgaben aufgrund höherer Ausschreibungsergebnisse.	-36.700
• Ermächtigungsübertragung zum Ausgleich verschiedener Sachkonten zum Jahresende im Bereich Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen der Förderschulen.	-10.700
• Höhere Beförderungskosten im Schülerspezialverkehr der Förderschulen, weil mehr Schüler (siehe Risiken im Q3).	-310.000
• Geringerer Aufwand für Schülerverpflegung an den Förderschulen	8.300
• Mehrere unbesetzte Frewilligenstellen in den Förderschulen	72.000
• Weniger Honorare für Mitarbeiter im Fördernden Offenen Ganzttag, wegen teilweisem Ausfall.	18.000
• Weniger Schüler an anderen Schulen, für die der Kreis Beiträge zu entrichten hat.	18.000
• Lediglich Abschlagszahlung an Verbundschule Bornheim - Abrechnung steht noch aus.	120.000

Sachverhalt	Veränderung in €
Geringere Landeszuweisungen für Bildungs koordinierung (Potenzialanalyse und Kommunale Koordinierung des Landesprogramms "Kein Abschluss ohne Anschluss", weil nur tatsächliche Kosten verrechnet werden.)	-86.000
Geringere Kosten im Übergangsmanagement in 2015. Es wurden aber in 2015 Verpflichtungen eingegangen, die in 2016 zur Auszahlung kommen. Weniger Ausgaben, weniger Landeszuschüsse, s.o.	134.400
Summe Amt 40	-92.100
<u>Amt 41</u>	
Onleihe (Kooperation Hochschulbibliothek) - Verzögerung im Projektablauf	20.000
Aufarbeitung NS-Medizinverbrechen, Verzögerung im Projektablauf, Ermächtigungsübertragung im vollen Umfang erforderlich.	60.000
Zeitplanverzögerung im Leistungssportzentrum Bonn/Rhein-Sieg	3.500
Summe Amt 41	83.500
<u>Amt 51</u>	
Kindertagesbetreuung Mehraufwendungen wegen niedrigerem Elternbeitragsaufkommen als kalkuliert.	-93.000
Kindertagesbetreuung - höhere Landeszuweisungen	213.272
Weniger Betriebskosten-Zuweisungen an die Gemeinden als Träger von Einrichtungen.	367.334
Höhere Betriebskosten-Zuweisungen an Träger von Einrichtungen.	-713.280
Weniger Ausgaben bei der Tagespflege.	224.000
Einmalige Kostenerstattung bei familienunterstützenden Hilfen.	190.000
Saldo im Bereich der ambulanten Hilfen außerhalb von Einrichtungen (grundsätzlich positiv, wenn dafür weniger Aufwendungen im Bereich der familienersetzenden Hilfen in Einrichtungen.)	-131.778
Erstattungen durch überörtliche und örtliche andere Träger der Jugendhilfe. Diese Kostenheranziehungen sind möglich geworden durch Personalverstärkung.	1.755.400
Mehrausgaben für Pflegekinder und Pflegefamilien durch generell erhöhtes Fallaufkommen	-398.700
Geringeres Fallaufkommen stationäre Einrichtungen, s.o. ambulanter Bereich.	797.400
Höhere Erstattungen an andere Gemeinden bei den familienersetzenden Hilfen.	-565.800
Für die externe Organisationsuntersuchung im Bereich der Hilfen zur Erziehung ist eine Ermächtigungsübertragung erforderlich, weil die Ausgabe erst in 2016 erfolgt.	100.000
Summe Amt 51	1.744.848
<u>Amt 57</u>	
Sparsame Bewirtschaftung von Büro- und Verbrauchsmaterial in der Erziehungs- und Familienberatung	1.807
Sparsame Bewirtschaftung von Büro- und Verbrauchsmaterial im Schulpsychologischen Dienst	2.182
Summe Amt 57	3.989

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen der Investitionen im Dezernat 6

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>Amt 40</u>	
• Ersatzbeschaffungen am Berufskolleg in Bonn-Duisdorf	-8.500
• Verzögerung bei Beschaffungen an den Berufskollegs in Hennef und Siegburg wegen Sanierungsmaßnahmen.	147.500
• Ersatzbeschaffungen an den Förderschulen in Alfter-Ort, Alfter-Witterschlick, Hennef-Bröl und Siegburg, teilweise wegen höherer Schülerzahlen	-36.300
• Noch nicht erfolgte Beschaffungen wegen verzögerter Sanierungsmaßnahmen an Förderschulen in Alfter-Gielsdorf, Alfter-Ort, Hennef-Bröl und Windeck-Rossel	108.300
•	
Summe Amt 40	211.000
<u>Amt 41</u>	
• Stiftung Festspielhaus Beethoven - Neuveranschlagung mit angepassten Verwendungszweck erforderlich.	1.000.000
Summe Amt 41	1.000.000
<u>Amt 51</u>	
• Weniger investive Förderung durch das Land beim Bau von Kindertagesstätten durch Verzögerung von Projekten.	-395.100
• Weniger Investitionszuschüsse für Bau, Umbau und Einrichtungen von Kindertagesstätten	-56.959
• Verzögerung von Projekten, weniger Investitionen	620.992
Summe Amt 51	168.933
<u>Amt 57</u>	
• Betriebs- und Geschäftsausstattung Erziehungsberatungsstellen und Schulpsychologischer Dienst	1.423
•	
Summe Amt 57	1.423

Darstellung der wesentlichen **Chancen und Risiken** im Dezernat 6

Sachverhalt (Kurzbeschreibung)	Volumen in € (soweit bezifferbar)
<u>Amt 17</u> Fehlanzeige, weil 4. Q abgerechnet ist	
<u>Amt 40</u> Fehlanzeige, weil 4. Q abgerechnet ist	
<u>Amt 41</u> Fehlanzeige, weil 4. Q abgerechnet ist	
<u>Amt 51</u> Grundsätzlich ist es sehr schwierig, für die Teilprodukte 0.51.40 (ambulant) und 0.51.70 (stationär) Prognosen zu tätigen, da die Dauer der Hilfen durchaus von den Erwartungen abweichen können und zur Frage von Neufällen nur Annahmen getroffen werden können. Die Auswirkungen der derzeitigen Flüchtlingssituation sind kaum zu kalkulieren.	
<u>Amt 57</u> Fehlanzeige, weil 4. Q abgerechnet ist	

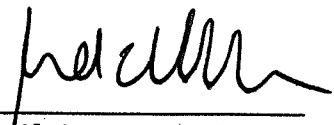
Controllingbericht

Dezernat 7

4. Quartal 2015

Abweichung ggü. Haushaltplan 2015 (+ Verbesserung / - Verschlechterung)			
	substanzielle Veränderungen	aus Ermächtigungs- übertragungen	Abweichung Ergebnis 2015 insgesamt
<u>Ergebnishaushalt</u>			
Amt 20 Amt für Finanzwesen	1.044.300 €	65.000 €	1.109.300 €
Amt 22 Amt für Beteiligungen, Gebäudewirtschaft, Wohnungsbauförderung	1.221.001 €	379.023 €	1.600.024 €
Gesamtveränderung Ergebnishaushalt	2.265.301 €	444.023 €	2.709.324 €
<u>Investitionen</u>			
Amt 20 Amt für Finanzwesen	387.600 €	0 €	387.600 €
Amt 22 Amt für Beteiligungen, Gebäudewirtschaft, Wohnungsbauförderung	94.703 €	3.889.297 €	3.984.000 €
Gesamtveränderungen Investitionen	482.303 €	3.889.297 €	4.371.600 €

Die Erläuterung der Ursachen und Hintergründe der Veränderungen in der Ergebnisrechnung (Anlage 1), bei den Investitionen (Anlage 2) sowie die ergänzende Darstellung von Chancen und Risiken im Dezernat (Anlage 3) sind Bestandteil dieses Berichtes.

22.2.2016 
Datum / Unterschrift Dezernent(in)

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen in der Ergebnisrechnung im Dezernat 7

Sachverhalt	Veränderung in €
Amt 20	
Verbesserung im Bereich der Erhebung von Vollstreckungsgebühren, Säumniszuschläge, Mahngebühren (85 T€) inkl. saldiert Wertberichtigung wg. Uneinbringlichkeit (50 T€) sowie Entfall der Aufwendungen für externes Personal zur Bearbeitung der Bußgelder aus der Messung an der A69 (80 T€; Kosten entstehen an anderer Stelle im Personalbudget)	165.000
Geringere Zinsen Kreditmarkt durch spätere Kreditaufnahme als geplant; geringerer Zinsaufwand variables BRS-Darlehen	406.000
Angekündigte Sonderumlage civitec für Kosten der Migration des Rechenzentrums entfällt	390.000
Verzinsung der BuT-Erstattung	46.800
Sonstige geringfügige Verschlechterungen/Verbesserungen saldiert, insbesondere AfA Forderungen, Inanspruchnahme Ermächtigungsübertragung Einführung Vollstreckungssoftware; civitec Verfahrenskosten (hier: Verbesserung 80 T€ mit diversen Ursachen, insbesondere spätere Einführung von Software als geplant), zusätzliche Entgelte aufgrund Übernahme RSAG Bürgschaften (14 T€)	101.500
Summe Amt 20	1.109.300
Amt 22	
Beteiligungen: Erstattung aus Spitzabrechnung Verlustausgleich SSB für 2014 (783 T€); Erstattung aus Spitzabrechnung Interlokale Verkehre Stadt Köln für 2013 (250 T€)	1.033.000
Versicherungen: Mehraufwand für Versicherungen, insbes. aufgrund Beschaffung neuer RTW	-58.000
Gebäudewirtschaft: Die Veränderungen ergeben sich teilweise aufgrund zeitlicher Verschiebungen, weil Projekte noch nicht begonnen bzw. nicht in dem geplanten Umfang in 2015 umgesetzt werden können. Soweit hierfür nicht in 2015 Rückstellungen in Höhe des Haushaltsansatzes gebildet werden müssen (so dass sich im Ergebnis keine Auswirkung auf die Haushaltsentwicklung ergibt), werden am Ende des Jahres teilweise Ermächtigungsübertragungen gebildet, so dass die Mittel im Folgejahr zur Verfügung stehen; gleichzeitig stellt dies aber im lfd. Haushalt 2015 eine Verbesserung dar. Im Folgejahr führen die Inanspruchnahmen von Ermächtigungsübertragungen dann zu einer Haushaltsverschlechterung. Dies betrifft folgende Projekte: -- Umzüge und Auslagerungen BS-Sanierung Kreishaus (230 T€) -- Sanierung Förderschule Alfter-Gielsdorf (150 T€). Wesentliche substantielle Veränderungen ergeben sich darüber hinaus in folgenden Bereichen: -- laufende Gebäudeunterhaltung (rd. 160 T€) Hinweis: An dieser Stelle wurde für erst in 2016 zu zahlende Rechnungen (Strom, Gas, Wasser) für Dezember 2015 sowie für mögliche Nachzahlungen aus Nebenkostenabrechnungen eine Rückstellung in Höhe von pauschal 500 T€ berücksichtigt. Der genaue Rückstellungsbetrag ist noch zu ermitteln und kann sich daher im Ergebnis noch verändern. -- geringere Betriebsaufwendungen Blockheizkraftwerk, da nicht in Betrieb (rd. 300 T€) -- höhere Aufwendungen für Dachsanierung Bauteil E BK Siegburg (-100 T€) -- Mietnebenkostenrückerstattung für Gebäude Mühlenstraße (-150 T€) -- sald. Verbesserung lfd. Erträge Liegenschaften (z. B. Mieten, Parkentgelte, rd. 40 T€).	625.024
Summe Amt 22	1.600.024

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen der Investitionen im Dezernat 7

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>Amt 20</u>	
• Geringere Tilgungszahlungen wegen späterer Kreditaufnahme •	387.600
Summe Amt 20	387.600
<u>Amt 22</u>	
• Gebäudewirtschaft: Die Verbesserung im Bereich der Investitionen ist im Wesentlichen den zeitlichen Verschiebungen im Rahmen der Bauprojekte geschuldet, wenngleich diesen Verbesserungen auch auf der anderen Seite Verschlechterungen gegenüber stehen, die aus der Inanspruchnahme von Ermächtigungsübertragungen (EÜ) der Vorjahre resultieren. Der Saldo von rd. 3,9 Mio. € resultiert im Wesentlichen aus den <u>zeitlichen Verschiebungen folgender Maßnahmen</u> (+Verbesserung; - Verschlechterung):	
• LAN Datenleitungsnetz Kreishaus • Baulicher Brandschutz Kreishaus • Sanierung BK Hennef • Sanierung SQ Alfter • Sanierung BK Troisdorf • Sanierung SQ Siegburg, Turnhalle • Rettungswache Much • Dachausbau Hennef Bröl • Neubau GG Sankt Augustin: Inanspruchnahme EÜ infolge verzögerter Schlussabrechnungen aufgrund diverser Streitigkeiten / Vergleichsrisiken	1.100.000 875.000 -657.000 641.000 250.000 150.000 100.000 237.000 -93.000
• Zuwendung Beleuchtung (Sanierung Kreishaus): Mittelabruf erfolgt schrittweise bis 2017 • Ausstattung Kreistagssaal • Baukostenzuschuss JHZ Eitorf • Infotheke Kreishaus • Neubau Rettungswache Swisttal • Neubau Rettungswache Bornheim • diverse Inanspruchnahmen EÜ (Verschlechterungen) < 100 T€, saldiert mit Verbesserungen < 100 T€	-453.000 200.000 100.000 250.000 558.000 578.000 77.000
• <u>Substantielle Veränderungen</u> ergeben sich ausschließlich durch die außerplanmäßige Beschaffung eines Kletterturms für die ES - Schule in Alfter, da der bisherige Turm aus Verkehrssicherungsgründen entfernt werden musste (-6 T€) und den Verkauf eines Grundstücks an die Gemeindewerke Neunkirchen-Seelscheid (77 T€)	71.000
Summe Amt 22	3.984.000

Darstellung der wesentlichen Chancen und Risiken im Dezernat 7

Sachverhalt (Kurzbeschreibung)	Volumen in € (soweit bezifferbar)
Amt 20 keine Erläuterungen erforderlich.	
Amt 22 Risiko - Neubau Rettungswachen (insbes. Swisttal/Bornheim): Im Rahmen der Planungen erfolgt erstmalig eine detaillierte Ausarbeitung aufgrund der vom Fachbereich formulierten Anforderungen an Fläche und Standard. Hierbei ist nach derzeitigem Stand davon auszugehen, dass es zu erheblichen Kostensteigerungen kommen wird, die aber annähernd belastbar erst bei Vorliegen der Kostenberechnung beziffert werden können. Betroffen ist der Gebührenhaushalt und dort der investive Bereich, Auswirkungen ergeben sich langfristig über Abschreibungen und Zinsen; der Haushalt 2015/2016 ist hiervon direkt nicht betroffen.	
Risiko - Sanierung ES Alfter Schule an der Wicke: Aufgrund der Einrichtung einer 2. FOGS-Gruppe sowie des erforderlichen Differenzierungsraumes sowie sonstiger Anpassung technischer Gewerke steigen die Kosten nach der aktuell vorliegenden Kostenberechnung um ca. 400 T€. Auch hier sind aber keine Auswirkungen auf den Haushalt 2015/2016 zu erwarten; vielmehr ist der Mehrbedarf im Folgehaushalt zu veranschlagen.	
Risiko - Sanierung BK Hennef: Nach der ersten Kostenberechnung ergeben sich nach derzeitigem Sachstand Mehrkosten in Höhe von rd. 14 Mio. €, die in den kommenden Haushaltsjahren nach derzeitigem Stand in Höhe von knapp 4 Mio. € zusätzlich konsumtiv in den Jahren 2017-2019 sowie in Höhe von rd. 10,5 Mio. € investiv zu veranschlagen sind.	

Controllingbericht

Zusammenfassung der Berichte der Stabstellen

4. Quartal 2015

		Abweichung ggü. Haushaltplan 2015 (+ Verbesserung / - Verschlechterung)		Abweichung Ergebnis 2015 insgesamt
		substanzielle Veränderungen	aus Ermächtigungs- übertragungen	
<u>Ergebnishaushalt</u>				
Stäbe 01 + 06	Wirtschaftsförderung und Abgeschottete Statistikstelle	439.800 €	0 €	439.800 €
Stab 02	Pressestelle	0 €	0 €	0 €
Stab 05	Öffentlichkeitsarbeit und Büro des Landrats	0 €	24.600 €	24.600 €
<u>Gesamtveränderung Ergebnishaushalt</u>		439.800 €	24.600 €	464.400 €

Die Erläuterung der Ursachen und Hintergründe der Veränderungen sind in den als **Anlage** beigefügten **Berichten der Stabstellen** dargelegt.

Controllingbericht

4. Quartal 2015

Stab 01 Wirtschaftsförderung

Stab 06 Abgeschottete Statistikstelle

Abweichung ggü. Haushaltplan 2015
(+ Verbesserung/-Verschlechterung)

	Anlage	in €
Ergebnishaushalt		
0.90.10 Wirtschaftsförderung	1	527.000
0.90.11 Regionale Kooperationen	2	-87.200
0.90.20 Statistik	-	0
Summe Veränderung aus Produkten		439.800
zzgl. Veränderungen aus Kostenstellen	-	0
= Gesamtveränderung Ergebnishaushalt		439.800
nachrichtlich: davon aus Ermächtigungsübertragungen		0

Chancen und Risiken

Rhein-Sieg-Kreis
Der Landrat
Referat Wirtschaftsförderung
28.9.16
Datum / Unterschrift Leitung Stäbe

0.90.10 Wirtschaftsförderung

[illegible]

Anlage 1

75

0.90.11 Regionale Kooperationen

Konten	Bezeichnung	Angaben in €			davon aus EÜ	kurze Erläuterung
		Ansatz 2015	Prognose 2015	Veränderung		
<u>Erträge</u>						
414200	Zuweisung Land	-175.300	0	-175.300		Die Landeszuwendung für das Kompetenzzentrum "Frau und Beruf" (4. Quartal 2015) wird erst in 2016 gezahlt werden. Weil weniger an Sachkosten verausgabt worden sind.
442300	Erstattungen Gemeinden	-61.200	-24.000	-37.200		
<u>Aufwendungen</u>						
525300	Erstattungen an Gemeinden	101.900	0	101.900		Da die o.a. Landeszuwendung noch nicht erfolgt ist, wird auch die entsprechende Erstattung (4. Quartal 2015) an die Stadt Bonn erst in 2016 erfolgen. Weil weniger an Sachkosten verausgabt worden sind (vgl. Sachkonto 442300)
543900	andere sonstige Geschäftsaufwendungen	40.000	16.600	23.400		

bitte Eingabe

77

Controllingbericht

4. Quartal 2015

Stab 02 Pressestelle

Abweichung ggü. Haushaltplan 2015
(+ Verbesserung/-Verschlechterung)

		Anlage	in €
Ergebnishaushalt			
0.01.30	Pressestelle	bitte Eingabe	0
Summe Veränderung aus Produkten			0
= Gesamtveränderung Ergebnishaushalt			0
<u>nachrichtlich:</u> davon aus Ermächtigungsübertragungen			0

Chancen und Risiken

bitte
Eingabe

**Innerhalb meines Fachbereichs sind keine wesentlichen
Veränderungen absehbar.**

21.01.2016 R. K. K. K.
Datum / Unterschrift Leitung Stab

Controllingbericht

4. Quartal 2015

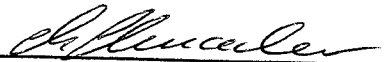
Stab 05 Öffentlichkeitsarbeit und Büro des Landrats

Abweichung ggü. Haushaltplan 2015
(+ Verbesserung/-Verschlechterung)

		Anlage	in €
Ergebnishaushalt			
0.01.50	Öffentlichkeitsarbeit und Büro Landrat	1	24.600
	Summe Veränderung aus Produkten		24.600
= Gesamtveränderung Ergebnishaushalt			24.600
<u>nachrichtlich</u> : davon aus Ermächtigungsübertragungen			24.600

Chancen und Risiken

2

14.01.16 
Datum / Unterschrift Leitung Stab

0.01.50 Öffentlichkeitsarbeit und Büro Landrat

Konten	Bezeichnung	Angaben in €				kurze Erläuterung
		Ansatz 2015	Prognose 2015	Veränderung	davon aus EÜ	
Erträge						
Aufwendungen						
	542901 Honorare/Entgelte f. Dienste Dritter	45.000	20.400	24.600	24.600	Die Mittel i. H. v. 24.600 € sollen für die Überarbeitung des Internetauftritts des Rhein-Sieg-Kreises nach 2016 übertragen werden.
Saldo				24.600	24.600	

bitte Eingabe

Stab 05 - Chancen und Risiken

Sachverhalt

(Kurzbeschreibung)

Volumen in €
(soweit bezifferbar)

bitte Eingabe

Controllingbericht

**Personal- und
Versorgungsaufwand**

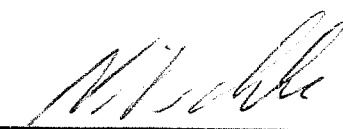
4. Quartal 2015

Abweichung ggü. Haushaltplan 2015
(+ Verbesserung/-Verschlechterung)

Personal- und Versorgungsaufwand - allgemeiner Haushalt	490.000 €
Personal- und Versorgungsaufwand - Teilhaushalt Jugendamt	538.000 €
Personal- und Versorgungsaufwand - Personal im Jobcenter	354.000 €
Gesamtveränderung	1.382.000 €

Die Ursachen und Hintergründen der Veränderungen sind in der Anlage 1 erläutert.

Eventuelle Chancen und Risiken im Bereich des Personal- und Versorgungsaufwands sind in Anlage 2 dargestellt.



Unterschrift Verantwortlicher
Personalwesen

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen im Bereich des Personal- und Versorgungsaufwands

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>Allgemeiner Haushalt:</u>	
• Personalaufwendungen	-284.000
• Erstattung des Landes für den Personaleinsatz in den kreiseigenen Notunterkünften einschl. Pauschale für Krisenstabe, Organisation/Koordination und sonstige Verwaltungsarbeit im Hintergrund	600.000
• Beihilfe Es wurden geringere Beihilfeleistungen in Anspruch genommen als erwartet.	160.000
• Pensionsrückstellungen Die Zahlen basieren auf den Rückstellungswerten zum 31.12.2014 und enthalten eine Steigerung in Höhe der Besoldungserhöhung ab 01.06.2015 von 1,9%.	-372.000
• Beiträge Versorgungskasse Aufgrund einer unvorhersehbaren Umlageerstattung durch die Rheinische Versorgungskasse fiel die Umlage in 2015 insgesamt geringer aus.	386.000
Summe	490.000
<u>Teilhaushalt Jugendamt:</u>	
• Personalaufwendungen Die Einsparung resultiert aus der hohen Fluktation (Elternzeit, Kündigung etc.) und der damit verbundenen zeitlich verzögerten Nachbesetzung von Stellen. Darüber hinaus wurde die einkalkulierte Ansatzsteigerung nicht ausgeschöpft.	520.000
• Beihilfe Es wurden geringere Beihilfeleistungen in Anspruch genommen als erwartet	16.000
• Pensionsrückstellungen Die Pensionsrückstellungen werden nach dem Verhältnis der Beamtenbezüge umgelegt. Die oben beschriebene Verschlechterung wirkt sich daher entsprechend auf die Teilhaushalte aus.	-24.000
• Beiträge Versorgungskasse Die Beiträge an die Rheinische Versorgungskasse dienen der Auszahlung der laufenden Versorgungsbezüge und werden daher ebenfalls nach dem Verhältnis der Beamtenbezüge umgelegt. Die oben genannte Verbesserung wirkt sich daher entsprechend auf die Teilhaushalte aus.	26.000
Summe	538.000

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen im Bereich des Personal- und Versorgungsaufwands

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>Personal im Jobcenter:</u>	
Personalaufwendungen Bis zur Jahresmitte waren im job-center viele Stellen unbesetzt. Es kommt daher zu einer Verbesserung, die jedoch im Umfang von 84,8% zu einer entsprechenden Verschlechterung bei den Einnahmen im Budget 50 führt (insgesamt 300.000 € s.u.).	284.000
Beihilfe Es wurden geringere Beihilfeleistungen in Anspruch genommen als erwartet.	22.000
Pensionsrückstellungen Die Pensionsrückstellungen werden nach dem Verhältnis der Beamtenbezüge umgelegt. Dennoch kommt es hier zu einer Verbesserung, weil mehr Beamtenbezüge eingeplant wurden als tatsächlich anfallen.	46.000
Beiträge Versorgungskasse Die Beiträge an die Rheinische Versorgungskasse dienen der Auszahlung der laufenden Versorgungsbezüge und werden daher ebenfalls nach dem Verhältnis der Beamtenbezüge umgelegt. Die oben genannte Verbesserung wirkt sich daher entsprechend auf die Teilhaushalte aus.	2.000
Summe	354.000
davon 84,8%	300.000
Summe Personalaufwand	520.000
Summe Personalkostenerstattung für die Notunterkünfte	600.000
Summe Beihilfe	198.000
Summe Pensionsrückstellungen	-350.000
Summe Beiträge Versorgungskasse	414.000

Darstellung der wesentlichen **Chancen und Risiken** im Bereich
des Personal- und Versorgungsaufwands

Sachverhalt	Volumen in €
(Kurzbeschreibung)	(soweit bezifferbar)
Die Prognose der Personal- und Versorgungsaufwendungen ist zum jetzigen Zeitpunkt noch sehr ungewiss, weil viele Unwägbarkeiten aufgrund der Bildung bzw. Auflösung von Rückstellungen und sonstigen Verrechnungen bestehen. So kann insbesondere die versicherungsmathematische Bewertung der Pensions- und Beihilferückstellungen durch die Rheinische Versorgungskasse das Ergebnis noch wesentlich verändern.	